



Send 3.10.2019

72/2019

Die Grünen
Villach

1 Stimmenthaltung
Johann Kocel

Dringlichkeitsantrag

nein

gemäß § 42 Villacher Stadtrecht

Der Gemeinderat der Stadt Villach möge nachstehende Resolution diskutieren und beschließen:

Resolution

gerichtet an

die Wirtschaftskammer Kärnten

die österreichische Bundesregierung

„Finanzielle Hilfe in unverschuldeten Notsituationen für EPU's und KMU's“

Österreichs Wirtschaft wird immer kleinteiliger und bunter. Die Grenzen zwischen Unternehmertum und Anstellung lösen sich auf. In Österreich haben fast 329.000 Unternehmen weniger als 250 Beschäftigte und werden somit nach EU-Definition als KMU klassifiziert. Das sind 99,6 Prozent aller marktorientierten Unternehmen. Zwei Millionen Menschen sind hier beschäftigt, das sind mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen. Im Schnitt hat ein KMU sechs Mitarbeiter. (Kurier, 26.06.2019)

Schon 36 Prozent aller Unternehmen der marktorientierten Wirtschaft bestehen aus nur einer Person (EPU). In Kärnten sind das lt. WKO 19.901 EPU's.

Einzelpersonenunternehmen und KMU's stehen vor immer größer werdenden Herausforderungen um am Markt bestehen zu bleiben und ihre Existenz zu sichern. Ein großer Faktor sind auch der Internethandel und multinationale Konzerne, die das Betätigungsfeld der EPU's und KMU's abziehen.

Um das breite und kleinteilige bunte Wirtschaftsfeld, dass durch EPU's und KMU's besteht, zu sichern, ist es dringend an der Zeit niederschwellige finanzielle Hilfe und steuerliche Entlastung in Ausnahmefällen für diese Einzel- und Kleinbetriebe zu installieren. Wer schnell hilft, hilft doppelt.

Der Gemeinderat der Stadt Villach fordert daher:

- Die WKO Kärnten soll den bestehenden Notfallfonds, der in der Entscheidung im Einzelfall dem Präsidenten und einem Gremium untergeordnet ist, dahingehend abändern, dass in den bestehenden Förderrichtlinien für EPU's und KMU's folgendes mitaufgenommen werden soll und somit niederschwellig zur Förderung zugänglich gemacht wird:
 - EPU's und KMU's haben im Notfall, der nicht selbstverschuldet herbeigeführt wurde und durch Umsatzeinbußen ihre Existenz bedroht (zB länger andauernde bauliche Maßnahmen wie Infrastrukturerneuerung durch die öffentliche Hand oder Dritte), Anspruch auf eine Zahlung aus dem WKO-Notfallfonds.
- Die österreichische Bundesregierung soll eine gerechte und grundsätzliche (Steuer-)Entlastung für EPU's und KMU's erarbeiten und beschließen, zum Beispiel mit dem Wegfall des Selbstbehaltes für die SVA und eine Herabsetzung der Kammerumlage, um die Existenzgrundlagen auch von Einzel- und KleinunternehmerInnen sicherzustellen und um Kleinunternehmertum zu fördern.

Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen den

Antrag

1. diesem Antrag die Dringlichkeit im Sinne des § 42 des Villacher Stadtrechtes zuzuerkennen.
2. diese Resolution zu beschließen.

A collection of handwritten signatures in various colors (blue, purple, green) and styles, representing the council members who approved the motion. The signatures are scattered across the lower half of the page, with some appearing in pairs or groups. Notable signatures include 'Rauter' in blue, 'Alexander Ulbing' in purple, and a large green signature at the bottom right.